

Beschluss Keine Investitionen in neue fossile Infrastruktur - No more gas, no more oil, keep the carbon in the soil!

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.05.2025
Tagesordnungspunkt: 7. Verschiedene Anträge

Antragstext

1 I. Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-
2 Vorpommern stellt fest:

- 3 1. es gibt mehrere konkrete Vorhaben, neue fossile Infrastruktur in
4 Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen und in Betrieb zu nehmen – im Jahr 2025
5 – also nur 10 Jahre bevor eine vollständige Klimaneutralität in
6 Mecklenburg-Vorpommern nötig ist, damit wir unseren Anteil am Abkommen von
7 Paris einhalten können. Zum Beispiel:
- 8 a. wird im Hafen Rostock derzeit der Bau eines neuen LNG-Terminals
9 vorbereitet. Dieses wurde von einer Tochtergesellschaft des
10 russischen Gasunternehmens JSC Novatek zunächst als
11 „Schiffstankstelle“ geplant und bereits am 26. Oktober 2020
12 genehmigt. Seit dem 2. Februar 2024 ist jedoch auch der Neubau einer
13 Pipelineanbindung zur Einspeisung des Erdgases geplant. Da die
14 Genehmigung zum 31. Dezember 2028 ausläuft, verfolgt der Investor
15 das Vorhaben mit Hochdruck und plant eine Fertigstellung des
16 Leitungsanschlusses bereits bis Ende 2027. Die Kapazität des als
17 „Small Scale“ oder „Mid Scale“ Terminal bezeichneten Projekts
18 genügt, um 17% des deutschen LNG-Imports abzudecken (Vergleichsjahr
19 2023).¹
- 20 b. treiben die Investoren Equinor und VNG in Rostock das Projekt H2GE
21 voran, in dessen Rahmen importiertes Erdgas in Wasserstoff und CO₂
22 aufgespalten werden soll. Das überschüssige CO₂ soll abgeschieden
23 und auf Schiffe verladen werden, um mittels CCS vor der dänischen
24 Ostseeinsel Seeland oder vor der norwegischen Atlantikküste in
25 Meeresboden verpresst zu werden.² Die Regierungsfractionen von SPD
26 und LINKEN haben dafür im Juni 2024 den Weg im Landtag freigemacht.³
- 27 c. setzt sich die Landesregierung aus SPD und LINKEN für ein neues
28 Gaskraftwerk am Standort Rostock ein.⁴ Die Koalitionsverhandlungen
29 im Bund haben zu dem Ergebnis geführt, dass nicht wie von der Ampel
30 geplant H₂-ready-Kraftwerke gebaut werden, sondern ausschließlich
31 fossile Gaskraftwerke. Unabhängig davon, dass fossile Energieträger
32 nicht zukunftsfähig sind, muss der Ausbau von Reserve- und
33 Ersatzkraftwerken systemdienlich erfolgen, damit die Energiewende
34 möglichst kostengünstig für alle Bürger*innen erfolgen kann.
35 Expert*innen aus dem Umfeld der Netzregulierung vertreten jedoch die

36 Ansicht, dass ein solches zusätzliches Kraftwerk in Mecklenburg-
37 Vorpommern nicht für die Versorgungssicherheit erforderlich ist.

38 2. jede weitere Investition in fossile Infrastrukturen manifestiert die
39 Verbrennung fossiler Energieträger und behindert damit den notwendigen
40 Umstieg auf 100% erneuerbare Energien.

41 II. Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-
42 Vorpommern bekräftigt die Beschlüsse zurückliegender
43 Landesdelegiertenkonferenzen:

- 44 • Energiewende, Umwelt und Tourismus haben Vorrang vor Erdölförderung in
45 Mecklenburg-Vorpommern (15.03.2014)
- 46 • Unterstützung der Korbacher Resolution durch den Landesverband
47 Mecklenburg-Vorpommern – Kein Fracking (11.10.2014)
- 48 • Divest now! Mecklenburg-Vorpommern muss raus aus den fossilen Energien –
49 Land, Kommunen und Versorgungswerke stecken Millionen in Kohle und Öl
50 (10./11.10.2015)
- 51 • Fossile Energieträger im Boden lassen – Erdgaspipeline Nord Stream 2
52 begraben! (09.09.2017)
- 53 • Länder und Kommunen bei der Umsetzung konkreter Klimaschutzmaßnahmen nicht
54 weiter behindern (26.10.2019)
- 55 • Das BÜNDNISGRÜNE 10-Punkte-Energie-Programm für Mecklenburg-Vorpommern
56 (24.09.2022)
- 57 • Keine fossilen Überkapazitäten schaffen (22.04.2023)
- 58 • Energiewende vorantreiben - Erneuerbare ausbauen! (22.04.2023)

59 III. Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-
60 Vorpommern beschließt:

- 61 1. Alle Strukturen von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern setzen
62 sich dafür ein, dass künftig keine Investitionen in neue fossile
63 Infrastrukturprojekte mehr erfolgen. Das Geld muss endlich für die Zukunft
64 ausgegeben werden und nicht länger für die Vergangenheit.
- 65 2. Insbesondere die Flächen im Rostocker Hafen müssen klüger eingesetzt
66 werden als für neue fossile Kraftwerke oder die Umwandlung von fossilem
67 Erdgas in CO₂ und H₂.

68 [1https://www.dokumentation.landtag-
69 mv.de/parldok/dokument/63832/8_4601_lng_terminal_rostock_genehmigung](https://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/dokument/63832/8_4601_lng_terminal_rostock_genehmigung)

70 [2https://www.vng-handel.de/de/projekt-h2ge-rostock](https://www.vng-handel.de/de/projekt-h2ge-rostock)

71 [3https://www.dokumentation.landtag-
72 mv.de/parldok/dokument/60809/8_3746_neu_keine_co2_speicherung_in_mecklenburg_vor-](https://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/dokument/60809/8_3746_neu_keine_co2_speicherung_in_mecklenburg_vor-)

- 73 [-pommern_verbot_muss_bleiben_wirtschaftliche_nutzung_aus_co2_abscheidung_ermoegl-](#)
74 [i-chen](#)
- 75 [4https://www.dokumentation.landtag-](https://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/dokument/63751/8_4559_keine_ungerechtfertigte_bevorzugung_des_sued-)
76 [mv.de/parldok/dokument/63751/8_4559_keine_ungerechtfertigte_bevorzugung_des_sued-](https://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/dokument/63751/8_4559_keine_ungerechtfertigte_bevorzugung_des_sued-)
77 [-ens_bei_der_energiewende](#)